



Presseschau vom 24.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

de.sputniknews.com: So viel hat die Ukraine nach dem Umsturz verloren – Poroschenko
Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am Freitag offenbart, welche wirtschaftlichen Verluste die Ukraine wegen des Krim-Beitritts zu Russland sowie wegen des bewaffneten Konfliktes im Donbass erlitten hat.

Laut dem ukrainischen Staatschef blieben etwa 100 Bergwerke und Bankaktiva im Wert von fünf Milliarden US-Dollar auf den Donbass-Territorien, die Kiew nicht kontrolliert. Wegen des Konfliktes habe das Land 15 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts und 25 Prozent der Industrie verloren, wird Poroschenko von seinem Pressedienst zitiert.

Er fügte hinzu, wegen des Krim-Beitritts zu Russland habe die Ukraine 3,6 Prozent des BIP, 80 Prozent der Erdöl- und Erdgas-Lagerstätten sowie zehn Prozent ihrer Hafeninfrastruktur verloren. Trotzdem habe das Land eine Pleite vermieden und erlebe wieder ein Wirtschaftswachstum...

de.sputniknews.com: Außenministerium: Nervengift unter Codenamen "Nowitschok" nie in Russland hergestellt

Laut dem russischen Vize-Außenminister Sergej Rjabkow hat Russland nie ein Nervengift unter der Bezeichnung "Nowitschok" besessen. Damit wies das russische Außenministerium alle Vorwürfe über die angebliche russische Beteiligung an der Vergiftung des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal klar zurück.

Alle, die Russland den Besitz oder die Entwicklung des Nervengiftes "Nowitschok"

vorwerfen würden, hätten eindeutig falsche Informationen zur Verfügung, so der Politiker. "Wenn die Briten aus irgendeinem Grund ihr chemisches Gift A-234 "Nowitschok" genannt haben, so ist das eine Frage an sie und an die russischen Bürger, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten im Westen gelebt haben", betonte Rjabkow.

Russland dagegen habe nie solche Kampfmittel besessen oder in Dienst gehabt.

"Aus diesem Grund ist es nicht in der Liste der (chemischen) Stoffe, die unter der Chemiewaffenkonvention geführt werden: einfach, weil es nie im Dienst war, wir haben es nie gehabt", so der Vize-Außenminister...

[armiyadnr.su](#): Dringende Mitteilung des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die ukrainische Seite ist zu einer **weiteren Runde von Provokationen** unserer Verteidiger übergegangen.

So werden derzeit von den ukrainischen Kämpfern aktiv Mitteilungen über einen **angeblichen Mörserbeschuss des Rands von Awdejewka** durch unsere Streitkräfte und Zerstörungen von Häusern in der Folge verbreitet. Dabei werden Fotobeweise mit offensichtlich lügenhaftem Inhalt verbreitet.

Nach unseren Informationen ist diese Provokation auf die Vorbereitung einer „Rechtfertigung“ für einen bevorstehenden nächtlichen Beschuss an diesem Ort von Seiten der ukrainischen Terroristen gezielt. Dessen Ziel ist:

1. Ein Schlag auf unsere Positionen.
2. Provokation unserer Seite zur Erwidern des Feuers.
3. Schaffung eines effektiven Bilds für die in Awdejewka eingetroffenen Journalisten von „TSN“, „Ukraina“ und „Radio Swoboda“.

Ich erkläre, dass unsere Streitkräfte den Waffenstillstand einhalten. Auf Provokationen gehen sie nicht ein. Die vorgelegten Fotos von Häusern zeigen Zerstörungen, die sie vor Jahren erzeugt haben, das wird durch deren Besitzer bestätigt.

[de.sputniknews.com](#): Sawtschenko für zwei Monate in Untersuchungshaft – und will Berufung einlegen

Der Rechtsanwalt von Nadeschda Sawtschenko, die der Vorbereitung eines Terroranschlags im Parlament verdächtigt wird, will nach eigenen Angaben eine Berufungsklage gegen die Gerichtsentscheidung zur Verhaftung der Ex-Parlamentsabgeordneten einreichen.

Zuvor hatte ein Gericht in Kiew eine Sicherheitsmaßnahme in Form von zweimonatiger Untersuchungshaft gegen Sawtschenko verhängt.

„Natürlich werden wir eine Berufung im Namen von Nadeschda Sawtschenko vorbereiten“, sagte der Rechtsanwalt Viktor Tschewgus vor Journalisten.

Die Gerichtsentscheidung zur Verhaftung von Sawtschenko entspreche „weder den Prozessakten noch der objektiven Wirklichkeit“, so Tschewgus. Sawtschenko sei nach dem Abschluss der Gerichtssitzung in das Untersuchungsgefängnis des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU gebracht worden.

[Ukrinform.ua](#): Sawtschenko beginnt Hungerstreik

Die Parlamentsabgeordnete Nadija Sawtschenko hat erklärt, dass sie in einen Hungerstreik treten will.

Der Hungerstreik beginnt heute, sagte Sawtschenko am Freitag vor Gericht. Sie erinnerte daran, dass sie auch während ihrer Inhaftierung im Hungerstreik war.

Der Sicherheitsdienst der Ukraine SBU nahm Sawtschenko am Donnerstag nach der Aufhebung ihrer Immunität durch das Parlament fest. Ihr wird Vorbereitung von Terroranschlägen in Kiew vorgeworfen.

Vormittags:

wpered.su: „Nadeshda Donbassa“ (Hoffnung des Donbass) leistete einer allein lebenden Rentnerin aus Sneshnoje Hilfe

Am 20. März besuchte eine Vertreterin der gesellschaftlichen Organisation „Nadeshda Donbassa“ die allein lebende 87jährige Einwohnerin der Stadt Sneshnoje Lidija Konstantinowna Poida und brachte humanitäre Hilfe mit, berichtet ein Korrespondent der Website Wpered.

Die alte Frau arbeitete 40 Jahre im Bergwerk Nr. 4. Sie erhält nur die Mindestrente, die nur knapp für Medikamente und Lebensmittel reicht. Für ihr Alter verfügt Lidija Konstantinowna über ein gutes Gedächtnis und Denkvermögen.

Die Vertreterin der Donezker Gruppe von „Nadeshda Donbassa“ Nadeshda Retinskaja setzte sich mit den Verwandten der Rentnerin in Verbindung, die schon viele Jahre im Ausland leben. Sie nahmen eine Videobotschaft mit Worten der Unterstützung auf.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/03/gEQOTbroMmY.jpg>

de.sputniknews.com: Zwanzig Länder wollen russische Diplomaten ausweisen – Medien

Bis zu zwanzig europäische Länder bereiten sich wegen des Giftanschlags im britischen Salisbury auf die Ausweisung russischer Diplomaten vor. Dies schreibt die Zeitung „The Times“ am Samstag.

An der koordinierten Kampagne können demzufolge „Frankreich, Deutschland, Polen, Irland, die Niederlande, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Tschechien, Dänemark und noch bis zu neun andere Länder“ teilnehmen.

Am 4. März wurden der 66-jährige ehemalige russische GRU-Agent und Spion Sergej Skripal und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury bewusstlos aufgefunden und mit Anzeichen einer Vergiftung in ein Krankenhaus gebracht, wo beide ins Koma fielen. Medienberichten zufolge sollen durch den Vorfall 21 Personen in Mitleidenschaft gezogen worden sein, darunter auch ein Polizist.

Die genauen Umstände sind noch unklar. Doch Premierministerin Theresa May erklärte, dass hinter dem mutmaßlichen Giftanschlag „höchstwahrscheinlich“ Russland stecke. London beschloss daraufhin die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten. Russland weist den Vorwurf zurück und hat anschließend entschieden, ebenso viele britische Diplomaten auszuweisen.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hatten zuvor die Entscheidung getroffen, den EU-Botschafter in Russland, Markus Ederer, zwecks Konsultation abuberufen. Moskau erklärte sich bereit, an den Ermittlungen zur Causa Skripal teilzunehmen. London verweigert Russland allerdings ohne Angabe von Gründen den Zugang zu Ermittlungsmaterialien und verstößt damit nach russischen Angaben gegen die Chemiewaffenkonvention.

Dnr-news.com: Der SBU übergab die Führung der militärischen Operation im Donbass an die Streitkräfte der Ukraine

Der Sicherheitsdienst der Ukraine erklärte heute die Übergabe der Führung der militärischen Operation im Donbass an die ukrainische Armee. Dies sagte der Stellvertreter des Leiters des SBU Wiktor Kononenko gegenüber Journalisten.

„Das Einzige ist, dass sich die Führung geändert hat. Wir haben offiziell die Leitung der antiterroristischen Operation an das Militär übergeben.... Alles ist ordnungsgemäß abgelaufen. Und so wie der SBU bisher gearbeitet hat, so wird die Arbeit auf diesen Grundsätzen fortgesetzt“, sagte er.

de.sputniknews.com: Das braucht Kiew für Nato-Beitritt – ukrainischer Politiker

Der Abgeordnete des ukrainischen Parlaments (Werchowna Rada), Wiktor Tschumak, hat in einem Interview mit dem TV-Sender „NewsOne“ die Bedingungen für einen möglichen Nato-Beitritt der Ukraine genannt.

Die Ukraine könne der Nato in den nächsten zehn Jahren beitreten, wenn im Land Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gewährleistet seien, so Tschumak.

„Demokratie bedeutet ein angemessenes Regieren. Es ist keine kleptokratische Oligarchie, sondern eine demokratische Republik, wenn transparente Entscheidungen getroffen werden und wenn klar ist, wie staatliche Entscheidungen mit der politischen Konkurrenz und unter Beratung mit den beteiligten Parteien getroffen werden“, so der Parlamentsabgeordnete.

Darüber hinaus erklärte Tschumak, dass in den Beziehungen zwischen der Ukraine und der Nato neue Standards eingeführt werden müssten. Diese sollten nicht den Militärbereich, sondern den Kampf gegen Korruption und Wirtschaftspolitik umfassen.

Zuvor hatte der ukrainische Präsident, Petro Poroschenko, angekündigt, die Ukraine werde der Nato in dem nächsten Jahrzehnt beitreten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30989/97/309899764.jpg>

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden wurden **keine Beschüsse** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

de.sputniknews.com: 94 Prozent der deutschen Unternehmen sind für Aufhebung von Anti-Russland-Sanktionen

Die absolute Mehrheit der deutschen Unternehmen mit geschäftlichen Beziehungen zu Russland hat sich für den Abbau der Sanktionen gegen Russland ausgesprochen. Das folgt aus einer Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer (AHK).

An der Studie haben 141 deutsche Unternehmen teilgenommen, berichtet die AHK auf ihrer Webseite. Die meisten Befragten (57 Prozent) hätten sich für einen schrittweisen Abbau der Sanktionspolitik gegen Russland ausgesprochen. 37 Prozent sollen gar eine sofortige, bedingungslose Aufhebung gefordert haben. Für die Beibehaltung der Sanktionen seien nur fünf Prozent eingetreten.

Unter den deutschen Politikern würden die Meinungen zu diesem Thema weit auseinander gehen, schreibt die „Frankfurter Allgemeine“. Während die Grünen den Bau der Gas-Pipeline Nord Stream 2 von Russland nach Deutschland am liebsten stoppen würden, sei der Thüringer CDU-Landesvorsitzende, Mike Mohring, hingegen entschieden für eine Lockerung der Wirtschaftssanktionen.

Laut Mohring haben Unternehmen in Thüringen, die Geschäftsbeziehungen mit Russland pflegen, Umsatzeinbußen von bis zu 30 Prozent. „Das ist auf Dauer nicht hinnehmbar“, so der CDU-Landeschef.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hatte mitgeteilt, dass 2017 die Exporte deutscher Unternehmen in Russland trotz der Sanktionen erstmals seit fünf Jahren wieder gestiegen seien. Auch die Importe aus Russland sollen wesentlich zugenommen haben.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hatten sich wegen der Situation auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim und in der Ukraine verschlechtert. Ende Juli 2014 waren die EU und die USA von Einzelsanktionen gegen Privatpersonen und Unternehmen zu einschränkenden Maßnahmen gegen ganze Sektoren der russischen Wirtschaft übergegangen. Russland verbot im Gegenzug die Einfuhr von Lebensmitteln aus den USA, den EU-Ländern, Kanada, Australien und Norwegen.

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurden **keine Beschüsse** von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Das Regime der Feueereinstellung wird eingehalten.

de.sputniknews.com: Wollte Skripal nach Russland zurückkehren? – Peskow zu angeblichem Brief an Putin

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat sich zu den Medienberichten über einen angeblichen Brief von Sergej Skriapal an Wladimir Putin geäußert.

Der ehemalige Mitschüler von Skripal, Wladimir Timoschkow, hatte in einem Interview mit der britischen Rundfunkanstalt BBC von einem Telefongespräch mit Skripal erzählt. In dessen Rahmen soll Skripal mitgeteilt haben, dass er einen Brief an den russischen Präsidenten geschrieben und darin um Verzeihung sowie die Möglichkeit nach Russland zurückzukehren gebeten habe.

„Nein. Das stimmt nicht“, kommentierte Peskow diese Nachricht gegenüber Sputnik...

dnr-news.com: Poroschenko kündigte „unumkehrbare Veränderungen“ an, die in nächster Zeit in der Ukraine vorgenommen werden

Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko plant, in nächster Zeit Verfassungsänderungen einzuleiten, um die Strategie des Landes für die euro-atlantische Integration zu stärken .- die Mitgliedschaft in EU und Nato. Dies berichtet der Fernsehsender „112 Ukraina“

„In nächster Zeit werde ich eine Änderung der Verfassung initiieren, um den Prozess der dort verankerten strategischen Zielsetzung der Staatsentwicklung – der Mitgliedschaft in der Europäischen Union und in der Nato - unumkehrbar zu machen“, erklärte Poroschenko.

de.sputniknews.com: Ist Sawtschenko eine russische Agentin? Kreml antwortet

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat am Samstag die Information über eine angebliche „Anwerbung“ von der ukrainischen Ex-Parlamentsabgeordneten Nadeschda Sawtschenko gegenüber dem russischen Fernsehsender Mir24 kommentiert.

„Das ist vielleicht eine Version der Briten, sie verbreiten gern solche Versionen. Das ist natürlich völliger Quatsch. (Der Fall – Anm. d. Red.) Sawtschenko ist ausschließlich eine innere Angelegenheit der Ukraine“, zitiert der Sender den Politiker.

Die Werchowna Rada (das ukrainische Parlament) hatte der Abgeordneten Nadeschda Sawtschenko am Donnerstag ihre parlamentarische Immunität entzogen. Sie wurde wegen Terroranschlag-Verdachts direkt im Gebäude der Rada festgenommen.

„Heute unterhalten sich die europäischen Staatschefs weiter. Es ist sehr interessant, ob sie vor dem Ende des Tages ein Statement an die Kiewer Behörden mit der Forderung der Befreiung Sawtschenkos abgeben werden. Sehen wir mal“, schloss Peskow.

Am Freitag entschied sich das Schewtschenkowski Gericht in Kiew, dass Sawtschenko bis zum 20. Mai in Untersuchungshaft bleiben soll....



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30162/06/301620689.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: Wie im Irakkrieg: Russischer Botschafter in Berlin kommentiert Skripal-Vorwürfe

Der russische Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, hat sich zum Giftanschlag in Großbritannien geäußert und ist für eine gründliche Untersuchung des Falles eingetreten. Das schreibt die Zeitung FAZ am Samstag unter Berufung auf die Deutsche Presse-Agentur (dpa). Die Vorwürfe, Russland stehe hinter dem Anschlag auf Sergej Skripal, wies der Botschafter in einem Gespräch mit dpa kategorisch zurück. „Massenvernichtungswaffen auf dem Staatsgebiet eines Nato-Mitgliedstaates vorzubereiten, wozu man ein professionelles chemisches Labor und Experten benötigt, wobei die Folgen unumkehrbar sein können – das ist nicht einmal aus der Welt von Science Fiction, sondern eher der Psychiatrie“, sagte Netschajew.

Der russische Diplomat zog Parallelen zwischen dem Vorgehen Großbritanniens im Fall-Skripal und der Begründung der USA für den Irakkrieg im Jahr 2003, als die Amerikaner unter dem Vorwand, der Irak würde über Massenvernichtungswaffen verfügen, das Land angegriffen hatten.

„Ich möchte daran erinnern, dass wir all das schon mehrmals erlebt haben. Zum Beispiel bei der Vorbereitung der Aggression gegen den Irak, als durch Lügen und Fälschungen Grundlagen für die militärische Invasion geschaffen worden sind“.

Laut Netschajew erinnert dieses Herangehen Großbritanniens an den Kalten Krieg. Wenn man die jüngsten Entwicklungen verfolge, entstehe der Eindruck, jemand wolle wirklich dieses Szenario verwenden. Das Ziel bleibe, Russland für immer von Europa und von der EU abzuschotten. Russland sei aber interessiert an engen und gutnachbarlichen Beziehungen zu Europa und Deutschland, betonte der Diplomat.

„Wir hoffen sehr, dass unsere deutschen Partner nicht nach fremden Regeln spielen werden, dabei noch mit geschlossenen Augen. Das liegt kaum in unser aller Interesse. Die deutsch-russischen Beziehungen haben eine strategische Bedeutung“, unterstrich Netschajew.

Zuvor hatten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union beim EU-Gipfel in Brüssel die Entscheidung getroffen, den EU-Botschafter in Russland, Markus Ederer, zu Konsultationen abzuverufen; am Wochenende soll er laut FAZ Gespräche mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini führen. Bundeskanzlerin Angela Merkel schließe weitere Schritte gegen Russland nicht aus wolle sich dabei jedoch mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron abstimmen, berichtete die Zeitung.

Zu möglichen Gegenmaßnahmen Russlands sagte Netschajew: „Das ist nicht unser Weg. Wir treten für eine offene und gründliche Untersuchung des Falles ein“. Russland werde sich aber nicht unter Druck setzen lassen und keinem erlauben, mit ihm eine Sprache von Ultimativen zu sprechen. „Es ist absolut aussichtslos zu fordern, dass wir etwas eingestehen sollen, nur weil London es will“, so Netschajew.

Nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Nach Informationen unserer Aufklärung ist heute Nacht im Verantwortungsbereich der bataillonstaktischen Gruppe der 95.Luftsturmbrigade der ukrainischen Besatzungstruppen **im Gebiet von Awdejewka eine komplexe Kommission des Verteidigungsministeriums der Ukraine eingetroffen**, um Fragen der rückwärtigen Versorgung zu überprüfen. Die Arbeit ist bis zum 31. März geplant.

Dies erklärt die Notwendigkeit der Falschmeldung der ukrainischen Betrüger über einen angeblichen nächtlichen Beschuss von unserer Seite aus Awdejewka. Ziel der Erklärung der ukrainischen Seite über den Fall, den es tatsächlich nicht gab, ist die dringende Notwendigkeit, zuvor im Verantwortungsbereich der bataillonstaktischen Gruppe der 95. Luftsturmbrigade unterschlagene Materialien und Treibstoffe abzuschreiben.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir in Zukunft von ukrainischen Massenmedien erfahren, dass in diesen zwei angeblichen beschossenen Gebäuden und Scheunen 50 Eisenbahncontainer mit Treibstoff, 20 Waggons Lebensmittel und anderes Material und noch einige hundert Funkstationen, Verbindungskabel und 2 Busse vom Typ „Bogdan“ gelagert wurden, die jetzt in allen Papieren fehlen.

Außerdem nehmen wir an, dass solche „Selbstbeschüsse“ während der Arbeit der Inspektionskommission in dieser Bande noch mehrfach auftreten können, um unterschlagenes Material abzuschreiben und die Kontrolleure von seiner Vernichtung zu überzeugen.

Aus Informationen, die wir aus dem 198. Ausbildungszentrums der Marine (in Nikolajew) erhalten haben, wurde bekannt, dass vom 21. bis 26. März dort Kontrollübungen stattfinden.

Im Ergebnis von dreiwöchigen Kursen zur Scharfschützen- und Scharfschützenabwehrausbildung kehren zehn Soldaten aus einem Scharfschützenzug der 36. Marineinfanteriebrigade in ihre Einheit in der Zone der sogenannten „ATO“ zurück und setzen die Kriegsverbrechen fort, unter anderem gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass.

Diese Tatsache erlaubt es uns, von einer möglichen Aktivierung von Scharfschützenbeschüssen in südlicher Richtung in der nächsten Zeit zu sprechen.

Uns wurden Einzelheiten eines Konflikts zwischen Kommandeuren von Banden der „ukrainischen Streitkräfte“ und dem Stab der sogenannten „ATO“ bekannt.

Vor kurzem hat das Pressezentrum des Stabs der sogenannten „ATO“ Informationen über die Durchführung einer Ermittlung dazu verbreitet, dass Einheiten an der Front angeblich Fälle von Beschüssen von Seiten der Streitkräfte der DVR nicht rechtzeitig weitergegeben haben.

Tatsächlich wurde die Ursache der Ermittlung etwas entstellt. In der Realität entstand der Konflikt mit den Kommandeuren auf der Grundlage dessen, dass der Stab der sogenannten „ATO“ Schreiben von einigen großen ukrainischen Fernsehsendern mit Beschwerden über die Unmöglichkeit, Aufnahmen von Beschüssen von Positionen der ukrainischen Streitkräfte zu machen und über den fehlenden Willen der Kommandeure, sie bei deren Imitation zu unterstützen erhalten haben. Die Journalisten unterstreichen, dass solche Handlungen die Durchführung der ihnen „von oben zugeteilten“ Pläne zur Diskreditierung unserer Einheiten und der Führung der Republik in Frage stellen.

Rusvesna.su: In der Ukraine wollen sie die Krimbrücke blockieren: Ismailow verkündete Handlungsplan

Nach der Öffnung eines Teils der Krimbrücke für den Fahrzeugverkehr sollten alle, die so auf das Territorium der Krim gelangen, von den ukrainischen Behörden registriert werden.

„Gegen sie sollten dieselben Sanktionen verhängt werden wie gegen die Künstler, die illegal die Krim besuchen“, erklärte einer der Führer der „Mejlis“ und Organisator der Blockade Lenur Ismailow.

Ismailow versicherte: „Ich werde alles dafür tun, dass dieser Verkehr zum Stillstand kommt.“

„Ich weiß nicht, wie, aber ich bin überzeugt, solange die Ukraine nicht den Verkehr stoppen kann, muss sie den gesamten Transport, der aus Russland auf die okkupierte Krim fährt, unbedingt registrieren. Auch alle Menschen müssen registriert werden. Und Sanktionen müssen eingeführt werden, wohin sie auch immer fahren wollen“, sagte er.

Seinen Worten nach werden sich die Leute in nichts von denen unterscheiden, die die Grenze der Ukraine illegal überqueren.

„Erst einmal werden ir uns nicht einmischen, wir warten ab und werden sehen, wie die Sanktionen wirken. Und wenn nötig, werden wir uns auf die nächsten Schritte vorbereiten“, versprach der Extremist.



http://m.rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/krymskiy_most_3_4.jpg?itok=5MwJipK1

de.sputniknews.com: Spezialoperation in Südrussland: Sicherheitskräfte eliminieren Terroristen

In der südrussischen Provinz Dagestan ist am Samstag eine Spezialoperation von russischen Sicherheitskräften durchgeführt worden, bei der ein Terrorist eliminiert wurde, meldet das nationale Antiterrorkomitee.

"Im Bezirk Botlich in (der südrussischen Provinz) Dagestan wurde im Zuge einer Antiterroroperation ein Bandit neutralisiert", heißt es in der Meldung des Zentrums. Zuvor ist es bekannt geworden, dass die Ortschaft Andi im Bezirk Botlich von Sicherheitskräften abgeriegelt worden war — eine darauf hin folgende Antiterroroperation ist erwartet worden.

In der südrussischen, islamisch geprägten Republik Dagestan kommt es immer wieder zu Antiterrorereinsätzen russischer Spezialkräfte — nicht selten sind diese Operationen gegen Anhänger des IS (Islamischer Staat)* gerichtet.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A. W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR ist **relativ ruhig**. In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.

Die Ukraine verstärkt weiter ihre Positionen in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte (OVK) und zeigt so, dass sie die Absicht hat, den Konflikt im Donbass mit gewaltsamen Methoden zu lösen.

Nach uns vorliegenden Informationen sind am 20. und am 22. März an der Eisenbahnstation von Liman in der Nähe von Slawjansk einige Waggons mit Technik zur Verstärkung der Einheiten des Gegners eingetroffen. In der Ladung befanden sich 20 Mehrfachraketenwerfer „Uragan“ und „Grad“, 10 Schützenpanzer sowie 15 Lastwagen vom Typ „Ural“.

Es ist anzumerken, dass sich die ukrainischen Kämpfer bei der Entladung der Technik in stark betrunkenem Zustand befanden, was zu einem Konflikt mit einer Polizeipatrouille führte, in deren Folge ein Polizist stark geschlagen wurde und bewusstlos in das Bezirkskrankenhaus eingeliefert wurde. So haben sie grob gegen die Geheimhaltung beim Ausladung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen und Militärtechnik verstoßen.

Im Zusammenhang damit bitten wir die Vertreter der OSZE-Mission, auf den Fall von Verlagerung verbotener Waffen in der Nähe der Kontaktlinie aufmerksam zu werden und diese Informationen für die Planung der Routen ihrer Patrouillen zu nutzen.

Ebenfalls sind nach Information unserer Aufklärung in Stschastje 20 Nationalisten aus dem Bataillon „Ajdar“ zur Verstärkung der ukrainischen Kämpfer aus der 80. Luftsturmbrigade eingetroffen. Einwohner von Stschastje beschwerten sich schon über das dreiste und herausfordernde Verhalten der ukrainischen Nationalisten.

In den Reihen der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, die sich in der Zone der „OVK“ befinden, werden wieder nicht kampfbedingte Verluste festgestellt.

Am 23. März starb bei Übungen zur Schießausbildung in einer der Bataillone der 10. Gebirgssturmbrigade beim Werfen von Granaten ein ukrainischer Kämpfer, zwei wurden verletzt. Der Unfall geschah aufgrund von Nachlässigkeit der Kommandeure, die gerade eine Ausbildung nach NATO-Standards durchlaufen hatten und versuchten, sie in das System der militärischen Ausbildung ihrer Einheit einzubringen. Nach der Tragödie sind in dem Bataillon Ermittler der Militärstaatsanwaltschaft, die die Ermittlung durchführt, eingetroffen.

Außerdem sind nach Informationen unserer Aufklärung in den Einheiten der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Besatzer Offiziere aus der 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen. Vermutlich ist eine Kommission zur Erkundung der Örtlichkeiten vor einer geplanten Rotation eingetroffen.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen streng ein. Wir treten für Verhandlungen und eine friedliche Lösung des Konflikts ein, aber im Fall einer direkten Aggression behalten wir uns das Recht auf erwidernde Handlungen vor.

Frage: Im Bericht der OSZE am 21. März wird mitgeteilt, dass auf dem von den ukrainischen Truppen kontrollierten Territorium ein Abwehrgeschütz (3U-23-2) und 6 Schützenpanzer festgestellt wurden. Gemäß den Informationen der Beobachter befindet sich diese Technik im Gebiet von Solotoje. Wie bekannt ist, ist dies ein Abschnitt der Trennung von Kräften und Mitteln. Sagen Sie, stellt diese Technik eine Gefahr da, weil sie sich in der Nähe des Trennungsabschnitts befindet, und wurden Versuche festgestellt, diese Technik oder Personal der ukrainischen Streitkräfte in das Trennungsgebiet zu bringen?

Antwort: Im Gebiet der Trennung, am Abschnitt Nr. 2 Perwomajsk-Solotoje haben nicht nur wir eine Verletzung von Punkt 8 der „Rahmenvereinbarung“ vom 21. September 2016 festgestellt, sondern auch die Vertreter der OSZE-Mission. Allein seit Beginn des Jahres wurden an diesem Abschnitt entdeckt: Ein Fahrzeug vom Typ „Kuguar“ und eine technische Einheit mit Antipanzern. Ebenfalls nicht unbemerkt geblieben ist ein Vorfall, bei dem Kriegsverbrecher der ukrainischen Streitkräfte mit Schusswaffen auf ein Fahrzeug der OSZE-Mission geschossen haben. Alle oben genannten Fälle stellen natürlich eine Gefahr dar. Militärtechnik und Waffen in den Händen von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte ist dasselbe wie ein „Affe mit einer Granate“ und leider erhalten wir regelmäßig Bestätigungen dieses Ausspruchs.

de.sputniknews.com: „Wir waren nur Kinder“: Serbien gedenkt Opfer am Jahrestag von Nato-Luftangriffen

Heute vor 19 Jahren begann das Nordatlantische Bündnis mit den Luftanschlägen gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien. Die serbischen Behörden und die Bevölkerung des Landes gedenken am Samstag des Jahrestages der Luftangriffe und legen Kränze am Denkmal zu Ehren der jungen Opfer dieses Militäreinsatzes nieder.

Milica Rakić war erst drei Jahre alt, als sie am 17. April 1999 von einem Splitter einer Fliegerbombe im eigenen Haus im Belgrader Vorort Batajnica getötet wurde. In Erinnerung an alle jungen Opfer der Nato-Luftschläge wurde im Zentrum der serbischen Hauptstadt ein Mahnmal errichtet, welches ein kleines Mädchen mit einem Spielzeug in den Händen darstellt. Auf der Gedenktafel im Hintergrund steht: „Wir waren nur Kinder“.

Am Samstag legten auch der serbische Vizepremier und Innenminister Nebojša Stefanović sowie Innovationsminister Nenad Popović Blumen an diesem Denkmal nieder.

„Auch heute wird Druck auf Serbien ausgeübt, damit es der Nato beitrifft, sein Kosovo verschenkt und Sanktionen gegen Russland verhängt. Serbien wird keinem Zwang nachgeben. Serbien hat einen Präsidenten und eine Regierung, die keinem Druck nachgeben werden“, zitiert der TV-Sender RTS den Innovationsminister. Zudem werde Serbien seine traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zu Russland und China aufrechterhalten.

Innenminister Stefanović gedachte in seiner Rede auch der Mitarbeiter des Innenministeriums, die während der Nato-Aggression ihre Pflicht getan und ihr Leben geopfert hatten.

Am Samstagabend soll Staatspräsident Aleksandar Vučić zusammen mit seinen Ministern an den Hauptgedenkveranstaltungen in der Stadt Aleksinac im Süden des Landes teilnehmen. Die Stadt wurde bei den Nato-Luftangriffen stark zerstört.

1999 hatte die bewaffnete Konfrontation der albanischen Separatisten von der paramilitärischen „Befreiungsarmee des Kosovo“ einerseits und der jugoslawischen Armee und Polizei andererseits die Nato-Bombenangriffe auf Jugoslawien zur Folge gehabt, das damals aus Serbien und Montenegro bestand hatte. Die Nato-Luftanschläge dauerten vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 an. Die genaue Opferzahl dieser Operation ist heute nicht bekannt. Nach Angaben der serbischen Behörden kamen dabei etwa 250.000 Menschen ums

Leben, darunter 89 Kinder. Weitere 12.500 Menschen wurden verletzt. Der materielle Schaden des Einsatzes wird auf 30 bis 100 Milliarden US-Dollar geschätzt. Der Militäreinsatz wurde ohne Genehmigung des UN-Sicherheitsrates durchgeführt. Als Anlass dafür galt die Behauptung der westlichen Länder, die jugoslawischen Behörden hätten ethnische Säuberungen in der autonomen Provinz Kosovo unternommen und dort eine humanitäre Katastrophe provoziert.



<https://pbs.twimg.com/media/DZDNVu-XUAAJwdK.jpg>

de.sputniknews.com: **Russische Botschaft: Britisches Labor gibt Entwicklung neuer Giftstoffe faktisch zu**

Großbritannien hält immer noch wichtige Details zu der Skripal-Vergiftung zurück und gibt keine Einblicke in die Ergebnisse seiner Untersuchung. Laut der russischen Botschaft in London hat allerdings der Leiter des britischen Militärlabors in Porton Down mit seinen letzten Äußerungen faktisch zugegeben, dass dort neue Giftstoffe entwickelt werden. Der Pressesprecher der russischen Botschaft verwies darauf, dass der Leiter des Zentrums der britischen Chemie- und Biowaffenforschung in Porton Down, Gary Aitkenhead, durch seine Äußerungen faktisch zugegeben habe, dass das Land neuartige Giftsubstanzen entwickeln würde.

Aitkenhead hatte erklärt, dass die Sicherheitsvorkehrungen in Porton Down nicht zulassen würden, dass "etwas nach außen (durch die) vier Wände der (Forschungs-)Einrichtung durchsickern" könnte.

"Wir haben auch auf die Worte des Laborleiters geachtet. Auf diese Weise hat die britische Seite faktisch zugegeben, dass diese geheime Einrichtung neue Komponenten chemischer Kampfstoffe entwickelt und untersucht. Bemerkenswert ist auch, dass Aitkenhead den Besitz von Chemiewaffen-Lagerbeständen, darunter auch die Substanz A234, nicht abgestritten hat, welche nach offiziellen Angaben der britischen Seite dazu genutzt wurde, die Familie von Skripal (...) zu vergiften", sagte der Botschaftssprecher.

Dies sei dabei nicht der erste Versprecher solcher Art. Bereits am 19. März habe der britische Außenminister Boris Johnson in einem Interview für die Deutsche Welle mit zweideutigen

Äußerungen zu verstehen gegeben, dass Großbritannien über solche Substanzen verfüge. Die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien haben sich im Zusammenhang mit dem Zwischenfall in Salisbury zugespitzt, wo der Ex-Mitarbeiter der militärischen Aufklärung Russlands Sergej Skripal zusammen mit seiner Tochter Julia bewusstlos aufgefunden worden waren.

In Großbritannien erhielten der Doppelagent britischer Geheimdienste und seine Familienmitglieder Asyl, nachdem er 2010 gegen enttarnte russische Spione ausgetauscht worden war. Nach der Einlieferung Skripals und seiner Tochter in ein Krankenhaus stellten die Ärzte fest, dass die Beiden Opfer eines Nervengiftes seien. Sie sollen sich zurzeit im Koma befinden.

London wirft Moskau vor, in das Attentat verwickelt zu sei, weil der Giftstoff nach Angaben von Experten sowjetischer Herkunft war. Russland weist die Vorwürfe entschieden zurück. Das Militärlabor in Porton Down ist nicht weit von der Stadt Salisbury entfernt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32004/88/320048847.jpg>

ukrinform.ua: Tusk über neue EU-Sanktionen gegen Russland

Die Europäische Union könne nach Abschluss der Untersuchungen über den Einsatz eines Kampfgiftstoffes im britischen Salisbury zusätzliche Sanktionen gegen Russland verhängen, erklärte der Präsident des Europäischen Rates nach dem EU-Gipfel am Freitag in Brüssel, teilt der Ukrinform-Korrespondent aus Brüssel mit.

„Aus meiner Sicht ist es noch zu früh, darüber zu reden, was getan werden kann. Man muss die Ergebnisse der Untersuchung abwarten, um möglicherweise den nächsten Schritt zu machen“, sagte der Präsident des Europäischen Rates auf die Frage über zusätzliche EU-Sanktionen gegen Russland als Reaktion auf die begangene Chemieattacke.

Er äußerte die Hoffnung, dass die Mitgliedstaaten schon am Montag über die Sanktionen gegen Russland auf nationaler Ebene entscheiden werden.

abends:

de.sputniknews.com: Syrien: Bewaffnete Gruppierungen vom Ausland gesteuert – Russischer

Generalstab

Alle illegalen Gruppierungen in Syrien werden aus dem Ausland bewaffnet, finanziert und politisch gesteuert, erklärte der erste Vize-Verteidigungsminister und Generalstabschef Russlands Waleri Gerassimow.

„Nehmen Sie Syrien zum Beispiel. Bevor Russland auf Regierungsseite in den Konflikt eintrat, führte dieses Land mehr als vier Jahre lang einen nicht erklärten Krieg um sein Existenzrecht“, so Gerassimow.

Der Generalstabschef fügte hinzu, dass es keine klare Antwort gebe, wann dieser Kampf von internen Unruhen zu einem militärischen Konflikt ausgewachsen sei. Kein Land habe Syrien offen den Krieg erklärt, aber alle illegalen bewaffneten Gruppierungen bekommen Waffen und Finanzierung aus dem Ausland und werden von dort aus gesteuert.

Gerassimow betonte, dass die Zahl der Beteiligten an Militärkonflikten im Laufe der Zeit immer größer wird.

So werden laut dem Befehlshaber neben den regulären Truppen das interne Protestpotential der Bevölkerung sowie terroristische und extremistische Formationen in den Konflikt hineingezogen....